

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	50 (1956)
Heft:	8
 Artikel:	Weltrundschau : die Suezkrise ; Das Spiel mit der Abrüstung ; Die Wandlung im Osten
Autor:	Kramer, Hugo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-140100

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Begeisterung dauert nicht ewig. Was die amerikanische öffentliche Meinung bis jetzt erfahren hat, ist zu einseitig.

Wenn Sie wie ich glauben, daß Amerika in der heutigen Welt eine Politik der Mäßigung vertreten sollte, im Hinblick auf eine wirkungsvolle Führerschaft für echten Weltfrieden, dann bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit diese Politik ins Leben gerufen wird. Ich weiß nichts, was lebenswichtiger wäre für Sie, für Ihre Lieben, für Ihr Land.

Ernest T. Weir

(Vorsitzender der Nationalen Stahl-Gesellschaft)

WELTRUNDSCHAU

Die Suezkrise Sozusagen über Nacht ist, Ende Juli, aus der schlagartig durchgeführten *Nationalisierung des Suezkanals* durch die ägyptische Regierung eine nicht ungefährliche internationale Krise entstanden. Der Westen antwortete mit empörten, oft hysterischen Protesten; Präsident Nasser wurde mit Hitler und Mussolini verglichen und von einem einflußreichen Teil der (sogenannten) öffentlichen Meinung, besonders in England und Frankreich, offen mit Krieg bedroht; britische und französische Kriegsschiffe und Flugzeuge wurden ins östliche Mittelmeer beordert; England und Frankreich nahmen «vorsichtshalber» bedeutende Truppenbewegungen vor, und in aller Hast wurde eine Konferenz nach London einberufen, die beschließen soll, daß der Suezkanal aufs neue internationalisiert werde, in der Meinung, daß bei allfälliger Widerstand Ägyptens Gewalt angewandt und zum mindesten wirtschaftliche Druckmaßnahmen ergriffen werden sollen, die Nasser auf die Knie zwingen würden. Kurz, wenn es nach dem scharfmacherischen Teil der westlichen Politikerwelt ginge, so stünden wir nun bald am Rand eines «kleinen Krieges», der sich nur zu leicht zu einem dritten Weltkrieg – mit Atom- und Wasserstoffbomben – auswachsen könnte. Was wollen wir dazu sagen?

Zunächst dies: Die Aufregung und Entrüstung vorab in England ist ohne weiteres begreiflich. Für England war die Sicherung des Seeweges nach Süd- und Ostasien und der «Landbrücke nach Indien» seit mindestens hundertfünfzig Jahren eine Lebensfrage. Im Dienste dieser Aufgabe stand die Besetzung Gibraltars, Maltas, Zyperns, Adens, Singapores usw.; um ihretwillen – und später zum Zwecke seiner ungestörten Versorgung mit Öl – unterwarf sich Großbritannien, direkt und indirekt, fast ganz Vorderasien; im Blick auf sie setzte es sich 1882 in Ägypten fest und brachte den Suezkanal, dessen Aktien bisher zu 43 Prozent in den Händen der britischen Regierung lagen, tatsächlich mehr oder weniger unter seine Kontrolle. Dieser britische Imperialis-

mus stieß nun aber immer heftiger mit dem arabischen und vorderasiatischen Nationalismus zusammen. Und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg ging es mit der Machtstellung Großbritanniens im Mittleren Osten (wie man im englischen Sprachgebrauch sagt) reißend bergab. Die einzelnen Etappen dieses Vorganges, der von den Vereinigten Staaten planmäßig gefördert wurde, können hier nicht beschrieben werden; es genüge, daran zu erinnern, daß England eine Machtstellung um die andere in Ägypten räumen mußte und vor wenigen Wochen erst, in Ausführung des historischen britisch-ägyptischen Vertrages von 1954, die letzten britischen Truppen aus der Suezkanalzone abgezogen sind. Wen kann es rückschauend wundernehmen, daß Ägypten, in Ausübung seines Souveränitätsrechtes, nun auch in aller Form den Suezkanal in Staatsbesitz überführt hat, der bisher von einer ägyptischen Gesellschaft betrieben wurde und den internationalen Aktionären schöne Profite abgeworfen hat? Wer konnte aber auch erstaunt sein, daß sich der britische Imperialismus gegen diesen «Gewaltakt» noch einmal entrüstet aufbäumte und mit dem Vorgeben, die unbehinderte, vertragsmäßig gesicherte Schiffahrt durch den Kanal sei aufs schwerste bedroht, die «freie Welt» pathetisch zur Verteidigung der Lebensrechte des Westens aufrief? Und wen konnte es überraschen, daß das offizielle Frankreich (an dessen Spitze eine «sozialistisch» geführte Regierung steht!) mit beiden Händen die anscheinend glänzende Gelegenheit ergriff, seinen hoffnungslosen Algerienkrieg in einen Kreuzzug gegen das ungläubige Ägypten umzuwandeln, das alle arabischen Völker gegen ihre rechtmäßigen Vormünder und Erzieher aufhetze?

In Europa behauptet man – auch auf Seiten der «neutralen» Mitläufer der Atlantikmächte –, die Nationalisierung des Suezkanals komme «einer Kriegserklärung an den Westen gleich», wie sich zum Beispiel die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2121) ausdrückte. Man vergißt dabei aber gern, daß Ägyptens eigenmächtiges Vorgehen durch die Zurückziehung des britisch-amerikanischen Angebotes, den Bau des großen Staudamms bei Assuan finanziert zu helfen, recht eigentlich herausgefordert wurde. «Diese Weigerung», so schreibt der Labour-abgeordnete Emrys Hughes in den «Peace News» (3. August), «nachdem man Ägypten zu verstehen gegeben, daß der Westen zu finanzieller Hilfe bereit sei, war selbst eine politische Kriegshandlung. Wir haben keinen Grund, besonders selbstgerecht und bekümmert zu sein, wenn eine politische Kriegshandlung auf eine andere folgt.» Es ist so: Anstatt nach der militärischen Räumung der Suezkanalzone Ägypten beim Auf- und Ausbau seiner Wirtschaft zu helfen und seine Freundschaft zu gewinnen, haben die Westmächte tatsächlich, in ihrem imperialistischen Hochmut, Ägypten brüsk vor den Kopf gestoßen und treiben es mutwillig ins gegnerische Lager. Und da setzen sie sich jetzt aufs hohe Roß und ergehen sich in wilden Anklagen gegen den «neuen

Hitler», dessen Gewaltherrschaft endlich einmal gebrochen werden müsse – «so oder so»! Die Zürcher «Tat» (6. August) hat schon recht:

«Nasser war den Briten und Franzosen recht, solange er die Rechte ihrer lukrativen Kanalgesellschaft respektierte und deren immense Profite nicht beschnitt. Ob er ein Demokrat war oder das Gegenteil, kümmerte sie keinen Deut. Das Stichwort „Hitler“ fiel erst, als es um den eigenen Mammon ging. Dann allerdings erstrahlte die moralische Empörung in bengalischer Beleuchtung. Aber damit kann man möglicherweise Briten und Franzosen beeindrucken, nicht aber Außenstehende.»

Aber Nassers Vertragsbruch? Der ist allerdings Tatsache. Der Suezkanal durfte nach dem Konzessionsvertrag erst 1968 an Ägypten zurückfallen, auf Grund eines genau geregelten Verfahrens. Über diese Bestimmungen hat sich Ägypten eigenmächtig hinweggesetzt und die Nationalisierung um zwölf Jahre vorausgenommen, wenn es auch die Aktionäre normal zu entschädigen versprochen hat. Aber gegen den wesentlichen Vertragsinhalt hat es bis jetzt nicht verstoßen, versichert vielmehr beständig, die freie Schiffahrt durch den Kanal, schon im eigenen Interesse, aufrechterhalten zu wollen; nur die Verstaatlichung der Kanalunternehmung selbst dürfe nicht mehr in Frage gestellt werden. Wozu also die ganze Aufregung über die angebliche Bedrohung der freien Schiffahrt durch den Kanal? Sie nimmt sich besonders merkwürdig aus, wenn man daran denkt, daß es ausgerechnet Großbritannien war, das im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg, entgegen dem Vertrag von 1888, den Suezkanal für feindliche Schiffe gesperrt und auch keinen Einwand erhoben hat, als Ägypten allen Schiffen, die Waren nach Israel führten, den Durchgang versagte. Der Vertrag ist also tatsächlich bereits durchlöchert, und die Westmächte hätten gut daran getan, ohne viel Lärm den neuen Rechtszustand – auch wenn er durch einen einseitigen Machtakt geschaffen wurde – als gegeben hinzunehmen, die Souveränität Ägyptens über den Kanal anzuerkennen und durch einen neuen Vertrag Ägypten zur Aufrechterhaltung der freien Schiffahrt in aller Form zu verpflichten.

Werden sich die Westmächte nach allem, was sie sich jetzt geleistet haben, doch noch entschließen, diesen Weg zu gehen? Es wird besonders England schwerfallen, den Rückzug anzutreten, nachdem es unbesonnenerweise so weit vorgeprellt ist. Aber die Hoffnung ist dennoch begründet, daß die Londoner Konferenz – die gerade jetzt, da ich dies schreibe, zusammengetreten ist – nicht zum Versuch irgendeiner *Gewaltlösung* für die Suezfrage führen werde. Eine erneute militärische Besetzung Ägyptens – und ohne eine solche könnte der Regierung von Kairo die abermalige Internationalisierung des Kanals im britischen Sinne nicht aufgezwungen werden – wäre ja nur ein Verzweiflungsakt, keine Lösung der Kanalfrage, wäre übrigens mit den England derzeit zur Verfügung stehenden Kräften auch kaum möglich und könnte höchstens Ägypten reizen, sofort den Suezkanal zu sprengen, womit der Zweck der Aktion – die freie Schiffahrt zu sichern –

von vornherein vereitelt wäre. Aber auch ein wirtschaftlicher Boykott Ägyptens wäre schwer durchzuführen und eine zweischneidige Waffe; schon die Sperrung der ägyptischen Guthaben bei Londoner Banken hat das Vertrauen der Finanzwelt in die Redlichkeit und Zuverlässigkeit des englischen Zentralbankiers ernstlich erschüttert. Und ob ein wirtschaftlicher und militärischer Druck auf Ägypten die Zustimmung der UNO finden würde, an die Kairo sofort appellieren würde, ist ohnehin mehr als zweifelhaft. Die ganze arabisch-asiatische Welt, der Sowjetblock und wahrscheinlich auch eine Reihe sonst angelsächsisch eingestellter Staaten würden sich dagegen erheben, und vor allem die Vereinigten Staaten sind – nicht nur wegen der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, bei denen Eisenhower um keinen Preis als Kriegsmacher dastehen darf – ganz und gar nicht geneigt, England auf seinem Scharfmacherweg zu folgen. Die Rollen sind heute gerade vertauscht gegen früher, wo Dulles, wie er sich rühmte, dreimal die Welt bis an den Rand eines Krieges geführt hat, um erst im letzten Augenblick einzuhalten; jetzt muß er seinen Einfluß aufbieten, um Eden im Zaum zu halten und der «Politik der Stärke», die London zu betreiben entschlossen scheint, eine Politik der Verständigung entgegenzusetzen.

Der Suezkanal soll internationalisiert werden, jawohl – aber nicht unter Demütigung Ägyptens. Und nicht nur der Suezkanal, sondern *alle* großen Wasserwege, die dem Weltverkehr dienen, auch die Dardanellen (deren Sperrung, wenn nötig, so lange dazu diente, Russland vom Zugang zum Mittelmeer auszuschließen) und der Panamakanal, den die Vereinigten Staaten völlig in ihrer Gewalt haben. Die Suezkrise müßte darüber hinaus dazu benutzt werden, die Westmächte in ein neues Verhältnis zu den Ländern des Mittelostens zu bringen. Wenn all die Kräfte und Geldmittel, die jetzt eingesetzt werden, um «Ägypten zur Vernunft zu bringen», dafür verwendet würden, den Völkern Vorderasiens und Nordafrikas aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Not zu helfen und planmäßig eine eigentliche Wiedergeburt des Orients in die Wege zu leiten – welch großartiges Werk könnte da geleistet, welches Beispiel für die Vermenschlichung der unterentwickelten Rassen aufgestellt werden! Aber dazu brauchte es eben den endgültigen Verzicht des Westens auf jenen Geist des Imperialismus und der Machtpolitik, der jetzt die Suezfrage auf ein ganz falsches Geleise zu schieben und ihre wirkliche Lösung unheilvoll zu erschweren droht. Ist der Westen dazu schon (oder endlich einmal) bereit? *

* Inzwischen ist die Suezkonferenz in London zu Ende gegangen. Sie wird im Westen als großer Erfolg der «freien Welt» und als schwere Niederlage Moskaus dargestellt, das – abgesehen von Indien, Ceylon und Indonesien – an der Konferenz völlig isoliert dagestanden habe.

Diese Darstellung ist gänzlich irreführend. Der «große Erfolg» des Westens erscheint in einem eigentümlichen Licht, wenn man an die recht offenherzig verkündeten ursprünglichen Ziele besonders Englands und Frankreichs denkt. Die Nationalisierung des Suezkanals sollte rückgängig gemacht werden; das Regime Nasser

Das Spiel mit der Abrüstung Eine Antwort auf diese Frage gibt die Politik der Westmächte in der

Abrüstungsfrage. Der «New Statesman» (21. Juli) hat nur zu sehr recht, wenn er feststellt, daß diese Politik «immer weniger vertretbar» werde. Die westliche Diplomatie treibt hier in der Tat ein frevels Spiel. Wie wir wiederholt darlegten, hat ja die Sowjetunion den britisch-französischen Abrüstungsplan vom März 1955 in allen wesentlichen Stücken angenommen. Trotzdem lehnten die Vertreter der Westmächte an der Tagung des Abrüstungsausschusses der UNO vom vergangenen Frühjahr die neuen russischen Vorschläge – die also im Kern ihre eigenen waren – ab mit der Begründung, sie enthielten erstens keine Bestimmungen über die Abrüstung auf dem Gebiete der Kernwaffen (womit sie sich in Widerspruch zu ihrer bisher eingenommenen Haltung, besonders zu den Erklärungen des damaligen britischen Außenministers MacMillan an der Außenministerkonferenz vom Oktober 1955 setzten), und sie trügen Eiserhowers Anregung, die Rüstungsanlagen jedes Landes vom Flugzeug aus kontrollieren zu lassen, keine Rechnung. Außerdem könnte man an eine Abrüstung erst herangehen, wenn vorher die internationale Spannung gebrochen sei – als ob nicht die Kriegsrüstungen ebenso sehr Ursache wie Wirkung politischer Spannungen wären. In Wirklichkeit war der Grund für die Verwerfung der sowjetischen Vorschläge, wie Außenminister Selwyn Lloyd im Unterhaus zugab, der, daß die Westmächte ihre gegenwärtigen Militärbündnisse nicht aufrechterhalten zu können glaubten, wenn sie die «konventionellen» Streitkräfte auf das von den Russen geforderte Maß herabsetzten. Auch diesem Einwand begegneten die Russen, indem sie die höheren Truppenzahlen annahmen, die die Westmächte als unbedingt erforderlich erklärten. Das neue sowjetische Zugeständnis

sollte gestürzt und durch ein anderes ersetzt werden, das – wie früher so lange – dem Westen wieder gefügig wäre; und zwar sollte (das sprach z. B. Ministerpräsident Mollet offen aus) die Politik der Westmächte gegenüber Ägypten mit Gewalt durchgesetzt werden.

Was ist von diesen Zielen erreicht worden? Kein einziges! Die Gewaltdrohung gegen Ägypten mußte in London (vorerst wenigstens) glatt fallengelassen werden; Nasses Regime ist unerschüttert und wird von der ganzen arabischen Welt unterstützt (mit den entsprechenden Auswirkungen auf Algerien!); die «überwältigende Mehrheit gegen Ägypten» ist in London nur zustandegekommen, weil die zur Konferenz eingeladenen Staaten sorgfältig ausgelesen wurden; und die Konferenzbeschlüsse selbst stehen lediglich auf dem Papier, ohne daß auf ihre Annahme durch Ägypten viel Hoffnung bestünde. Es muß sich also erst noch zeigen, ob der Westen imstande ist, Ägypten seinen Willen aufzuzwingen und den Suezkanal in die Hand einer «internationalen Behörde» zu bringen, in der die Westmächte die unbedingte Mehrheit hätten und Ägypten an die Wand gedrückt wäre. Die Lorbeer, die sich der Westen um die Stirn windet, sind wirklich vorzeitig gepflückt – um das mindeste zu sagen. London war tatsächlich für den Westen ein Schlag ins Wasser. Ob er die Kraft und den verzweifelten Mut zu einer Gewaltprobe dennoch – oder gerade darum – hat, wird erst der neue, der entscheidende Abschnitt der Suezkrise erweisen.

24. August.

brachte aber die westliche Diplomatie nur noch mehr in Verlegenheit, so daß die ganze Diskussion einfach abgebrochen wurde und erst im Spätherbst wieder aufgenommen werden soll. Die Westmächte werden dann angesichts der Suezkrise Gründe genug finden, um mit «durchschlagender» Kraft jede Abrüstung zu verweigern.

Aber die unerträglichen Russen geben immer noch nicht locker. Ihr vorerst letzter Vorschlag zielt auf die Einstellung der Versuche mit Kernwaffenexplosionen ab, sei es daß die UNO darüber wache, sei es daß die drei Mächte mit Atomwaffen (Amerika, England und die Sowjetunion) die Kontrolle übernahmen, oder daß jede Macht für sich allein vorgehe. Aber auch davon wollen die Westmächte nichts wissen. Diese Versuche, so erklären sie, seien unerlässlich, wenn man überhaupt die Kernwaffen behalten wolle, auf deren abschreckender Wirkung allein die Sicherheit der «freien Welt» vor einem kommunistischen Angriffskrieg beruhe; man könne, wie der amerikanische Hauptdelegierte im Abrüstungsausschuß, Cabot Lodge, sagte, eine Einstellung der Atombombenexplosionen höchstens ins Auge fassen, wenn zuvor eine internationale Kontrolle über die Herstellung von Kernwaffen gesichert sei. Das heißt aber, wie in den «Peace News» (20. Juli) bemerkt wird, nichts anderes, als daß die Versuche mit Kernwaffen auf unabsehbare Zeit weitergehen werden, «denn in Amerika wie in Rußland hat jetzt die Produktion dieser Waffen einen Punkt erreicht, wo die Vornahme einer zuverlässigen Inspektionsmethode zur Unmöglichkeit geworden ist. Es gibt keinerlei Garantie mehr dafür, daß die Atomwaffen sämtlich zerstört worden sind oder daß ihre heimliche Bereithaltung verhindert wird.»

Können aber nicht wenigstens die «konventionellen» Waffen, also besonders die Landstreitkräfte, entscheidend verringert werden, da doch das Schwergewicht der Kriegsführung immer mehr auf die Atomwaffen verlegt wird? Die Sowjetunion hat, wie man weiß, von sich aus bereits ihre Truppenbestände wesentlich herabgesetzt, und auch in den Vereinigten Staaten werden an höchster Stelle ähnliche Pläne studiert; Großbritannien wird wohl schon aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen seine Streitkräfte abzubauen genötigt sein, wenn es einmal seine Ohnmacht gegenüber Ägypten eingesehen haben wird. Allein gegen einen solchen «Umsturz aller strategischen Vorstellungen» wehren sich im Westen die allermeisten Militärs und die anderen Interessenten der herkömmlichen Kriegsrüstungen jetzt mit Händen und Füßen. Hinter der Propaganda für einen Abbau der konventionellen Streitkräfte stehe, so wird uns erzählt, ein ganz teuflischer kommunistischer Plan. Die Verminderung der Armeebestände, bei der die Russen mit «gutem Beispiel» vorangingen, habe nur den Zweck, den Westen völlig von den Kernwaffen abhängig zu machen. Wenn das einmal erreicht sei, so werde die Sowjetunion ihre ganze Tätigkeit auf die

Abschaffung auch der Atomwaffen konzentrieren. «Und wer könnte dann», so fragt die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2086),

«gegenüber dem Drucke der eigenen öffentlichen Meinung, gegenüber dem ungeheuren Drucke der neuen Staaten in Asien, einem wirklichen, durchführbaren Vorschlag auf kontrollierte Abschaffung der Kernwaffen widerstehen? Die Sowjetunion wird dann ihrer militärischen Überlegenheit sicher sein. Auch bei einer Herabsetzung ihrer eigenen Mannschaftsbestände auf vertraglich festgelegte Zahlen wären diese, dank den weit größeren Reserven, über welche die kommunistischen Militästaaten verfügen, dem Westen stets weit voraus.»

Und der große Eroberungskrieg gegen den Westen, mit folgender Bolschewisierung der ganzen Welt, wäre dann für die Achse Moskau-Peking nur mehr ein Kinderspiel. Voilà!

Aber noch mehr: Auch wenn die Kernwaffen nicht abgeschafft würden, so bärge – wie wir weiter belehrt werden – eine Verminde rung der konventionellen Streitkräfte die schwersten Gefahren in sich. Denn dann dürfte Moskau nur, wie 1950 in Korea, wieder eine «stellvertretende Aggression» ins Werk setzen, um den Westen vor ein tragisches Dilemma zu stellen: entweder zu den Atomwaffen zu greifen und damit einen Weltkrieg auszulösen, oder aber auf eine Verteidigung überhaupt zu verzichten, da ja die herkömmlichen Waffen und die alten Landarmeen bereits abgeschafft wären. Wenn auch dank den Kernwaffen ein Weltkrieg unwahrscheinlich geworden sei, so müsse sich der Westen doch die Möglichkeit offenhalten, mit den hergebrachten Waffenarten einen «kleinen Krieg» gegen den stets auf der Lauer liegenden und schlagbereiten kommunistischen Erzfeind zu führen.

Man sieht, zu welchen verzweifelten Argumenten die Militärgläubigen ihre Zuflucht nehmen müssen, um die Notwendigkeit von Landarmeen auch im Zeitalter der Wasserstoffbombe zu beweisen! Denn es liegt ja doch auf der Hand, daß sich auch ein «kleiner, lokaler» Krieg, falls er je ausbrechen sollte, früher oder später zu einem allgemeinen großen Krieg ausweiten würde. Nehru hat es in seiner Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik in Bonn (am 14. Juli) nachdrücklich betont:

«Ganz besonders ist dies (die Umwandlung eines kleineren Krieges in einen großen) heute möglich in einer Welt, die so ungleich und nur so schwierig im Gleichgewicht, in einem prekären Gleichgewicht zu halten ist zwischen zwei großen Gruppen von Nationen, von denen jede die andere verdächtigt und fürchtet. Der kleinste Anlaß kann sofort zu Mißtrauen auf der anderen Seite führen und zu einem großen Krieg den Anstoß geben. Wenn man also den großen Krieg unmöglich machen will, dann muß man auch unausweichlich den kleineren Krieg ausmerzen und verdammen. Und wenn Sie sowohl den großen wie den kleineren Krieg ausschalten wollen, was hat dann die Aufrüstung für einen Sinn?»

Das muß namentlich auch unseren *schweizerischen* Aufrüstern gesagt werden, die ihre immer wirklichkeitsfremden, phantastischen Pläne nur noch mit der Behauptung stützen können, daß die Schweiz eben für alle Möglichkeiten gerüstet sein müsse, vor allem für die eines

«kleinen Krieges»; denn daß wir auch in einem europäischen Atomkrieg mit Maschinengewehren, Panzern und Kavallerie das Land verteidigen könnten, das glaubt ihnen ja nächstens nicht einmal der beschränkteste Füsilier mehr. Es gilt aber auch für die *westdeutsche* Wiederaufrüstung, deren Sinnlosigkeit man vergeblich durch die Vorgabe zu vernebeln sucht, ein russischer Angriff könne durch Bodentruppen wenigstens solange aufgefangen werden, bis auf Seiten des Westens «das Gewicht der strategischen nuklearen Waffen, sei es durch die Drohung ihrer Anwendung oder schlimmstenfalls durch ihren tatsächlichen Einsatz zur Geltung gebracht werden» könne.

Die Wandlung im Osten Immer wieder also die Grundvorstellung von einem sowjetisch-kommunistischen Angriffsplan, die man in den Völkern aufrechtzuerhalten sucht, um die Notwendigkeit westlicher Kriegsrüstungen, sowohl mit Kernwaffen als mit den herkömmlichen Mitteln, zu begründen! Bemerkenswert ist immerhin, daß angesichts der zunehmenden Erschütterung dieser Vorstellung in den Völkern selber die Macher der öffentlichen Meinung immer mehr dazu übergehen, den Nachdruck auf die *nicht-militärische* Seite der «Roten Gefahr» zu legen. «Der Krieg mit den Waffen», so schreibt zum Beispiel Nationalrat W. Bretscher in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2210), «ist für ihn (den Kommunismus) ... nicht *das* Mittel zur Lösung der politischen Fragen, sondern die Armee, die militärische Macht, die Kriegsdrohung sind einem politischen Gesamtkonzept ein- und untergeordnet, das geradezu darauf abzielt, die erstrebte revolutionäre Umwälzung wenn möglich ohne eigentlichen ‚Krieg‘ zu erreichen.» Das Ziel namentlich der Sowjetpolitik sei, mit der Lösung der «Entspannung» die *politische* Zersetzung des Westens zu erreichen: «die Auflösung oder Entkräftung seiner militärischen Bündnissysteme, den Rückzug der amerikanischen und britischen Truppen vom europäischen Kontinent und damit die Aufrichtung der unbestrittenen Hegemonie Sowjetrußlands in diesem Erdteil. Die Erreichung dieser Ziele würde eine Entwicklung einleiten, die früher oder später mit der Sowjetisierung von ganz Europa enden müßte.» Wozu dann die Unterjochung der übrigen Erdteile käme, die jetzt vor allem durch die «angestrebte Allianz des Sowjetkommunismus mit der farbigen Welt» befördert werden solle.

Wie sie aber auch die Absichten der sowjetischen Außenpolitik deuten mögen – darin sind unsere militanten Antikommunisten einig, daß die Außenpolitik der Sowjetunion ihre Wurzel in einer *Innenpolitik* habe, die unveränderlich, grundsätzlich, auf Diktatur, Terror und Unmenschlichkeit beruhe. Sie sind darum gezwungen, rundweg zu leugnen, daß sich in der Sowjetunion jetzt eine Wandlung vollziehe, die irgendwie zu einer wenn auch eigenständigen Form von *freiheitlichem* Sozialismus führen werde oder doch könne. In diesem Be-

streben tun sich natürlich besonders die Sozialdemokraten hervor, die um keinen Preis zugeben dürfen, daß der Sowjetkommunismus entwicklungsfähig sei – im *guten* Sinne entwicklungsfähig. Und doch ist die Entwicklung vom allmächtigen, unfehlbaren Diktaturstaat weg, die sich jetzt fast in der ganzen osteuropäischen Welt vollzieht, ja mit Händen zu greifen. Das anerkennt auch sehr entschieden ein so konservativer Beobachter der russischen Dinge wie Edward Crankshaw (früher jahrelang Korrespondent englischer Blätter in Moskau), der im Londoner «Observer» (29. Juli) davor warnt, die Augen vor den «sehr wirklichen Wandlungen» zu verschließen, die jetzt in der Sowjetunion vor sich gingen. Er macht namentlich auch auf die Entwicklung zu einem normalen *Rechtsstaat* aufmerksam, die mit der Aufhebung der Zwangsarbeit für Sträflinge, mit dem Abbau der Sicherheitspolizei und der Verstärkung der Rechtsgarantien angehoben habe. «Das Gefühl von willkürlichem Terror ist verschwunden. Menschen verschwinden nicht mehr einfach . . . Ein Gefangener wird jetzt als unschuldig betrachtet, bis er als schuldig befunden ist, und – was wichtiger ist – das eigene Geständnis eines Gefangenen wird nicht mehr als Beweis seiner Schuld angenommen. Das ist eine aufsehenerregende Wandlung, aber es ist keine Reklame dafür gemacht worden.»

Auch die Stellung der Arbeiter sei freier, sicherer geworden: «Korrektionsarbeit» als Disziplinarstrafe sei aufgehoben und ein Wechsel des Arbeitsplatzes ohne weiteres möglich. Überhaupt gehe die Staatsführung darauf aus, die Lebenslage der Arbeiter, besonders der am schlechtesten bezahlten, entschieden zu heben. Und was die Intellektuellen betreffe, so sei durch größere Bewegungsfreiheit im Innern und im Verkehr mit dem Ausland «ihr Leben radikal geändert worden». Mit den Liberalisierungsmaßnahmen – das ist Crankshaws Schlußfolgerung – sei eine Bewegung entfesselt worden, die viel zu viele Menschen erfaßt habe, als daß sich das Volk wieder unter eine Zwangsherrschaft beugen werde, ohne erbittert dagegen anzukämpfen. Die Innenpolitik der Sowjetunion sei von der Notwendigkeit beherrscht, «eine kräftige, blühende Gesellschaft von einer Art aufzubauen, die unter der überholten Starrheit Stalins nie hätte existieren können . . . Und soweit die Wandlung in der Außenpolitik (die von der Entschlossenheit beherrscht ist, einen Atomkrieg zu vermeiden) eine Widerspiegelung der notwendigen Wandlung der Innenpolitik ist, können wir sagen, daß sie eine Wirklichkeit ist.»

All das heißt nicht, daß das ganze Diktatursystem schon in naher Zukunft verschwinden wird. Der Einparteistaat und das Herrschaftsmonopol der Kommunistischen Partei bleiben vorerst; die Geheimpolizei bleibt; die materialistisch-naturalistische Ideologie bleibt; der Leninismus bleibt, wenn auch der Stalinismus entthront ist. Aber die Kräfte, die die bisherigen, fast revolutionär zu nennenden Neuerungen ins Leben gerufen haben, werden auch bleiben, ja sich verstärken und er-

weitern und – wir sagen es noch einmal – zu Ergebnissen führen, die die heutigen Staatslenker weder kontrollieren noch auch nur voraussehen können. Paul Sweezy, der diese Kräfte in der Neuyorker «Monthly Review» (Juli-/Augustheft) analysiert, erwartet namentlich auch eine Verselbständigung der öffentlichen Meinung. «Die öffentliche Meinung, die in der Sowjetgesellschaft eine Macht geworden ist, begann jetzt die entscheidende Rolle zu spielen, die sie in allen Gesellschaften spielen muß, welche von der modernen Wissenschaft und Technik durchdrungen und von ihr unwiderruflich abhängig geworden sind... Und das ist nach unserer Meinung ein sich immer weiter verstärkender Vorgang, der früher oder später zur Befreiung der öffentlichen Meinung von der Bevormundung durch eine selbsternannte politische Elite führen wird. Dann – und nicht vorher – werden wir in der Sowjetunion eine echte sozialistische Demokratie sehen, in der eine vernünftige und aufgeklärte öffentliche Meinung entscheidend maßgebend und die politische Führerschaft lediglich ihr freigewähltes Werkzeug ist.» Dazu werde, so glaubt Dr. Sweezy, namentlich auch das ganze Erziehungs- und Bildungswesen der Sowjetunion beitragen. «Die sowjetischen Pläne sind hier unvergleichlich viel weiterreichend und kühner als alles, was je von einer kapitalistischen Gesellschaft ins Auge gefaßt wurde. Früher oder später – daran ist kaum zu zweifeln – wird das sowjetische Publikum weit über das höchste kapitalistische Niveau in Wissen und Bildung hinauskommen, und wenn es soweit ist, wird eine echte sozialistische Demokratie nicht nur möglich, sondern unvermeidlich werden.»

Fügen wir dem noch bei, was John Freeman am Schlusse eines großen Berichtes von einer vierwöchigen Reise in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei über die entsprechende Entwicklung in diesen Ländern schreibt:

«Ob die Volksdemokratien jetzt imstande sind, eine Form von Sozialismus aufzubauen, die ihrer individuellen Lage gerecht wird und gegenüber einem noch unbekannten wirtschaftlichen Druck die Gefahren einer neuen Tendenz zur Überzentralisierung und schließlich zum Terror zu vermeiden, bleibt abzuwarten. Für den Augenblick scheinen die objektiven Kräfte in der rechten Richtung zu wirken. Die drei Länder, über die ich geschrieben habe, besitzen außerdem eine überlieferte Bildungsschicht, die nicht liquidiert oder völlig korrumptiert ist, wie auch eine rasch wachsende technische Intellektuellenschicht, die jetzt aus der Arbeiterschaft herauwächst. Diese Gruppe, die eine der machtvollsten Kräfte zugunsten der Demokratisierung ist, wird nicht damit zufrieden sein, wie es unter Stalin verlangt wurde, in gesellschaftlichen Verhältnissen zu leben, die in mancher wesentlicher Hinsicht von denjenigen unter dem Faschismus nicht zu unterscheiden waren. Die geschichtliche Aufgabe, vor der diese neue klassenlose Intelligenz steht, ist, ohne den Druck von Klassengegensätzen die verfassungsmäßigen Kontrollen und Sicherungen zu planen, die Freiheit und Gesetzlichkeit in ein sozialistisches Wirtschaftssystem einbauen werden. Zum erstenmal scheinen die äußeren Bedingungen günstig; wird es geschehen, daß zum erstenmal der Sozialismus selbst eine redliche Bewährungsmöglichkeit erhält?»

Die Frage richtet sich nicht zuletzt an die westliche Welt, die sich so gern die freie nennt. Ist ihr wirklich und ehrlich daran gelegen, daß in den kommunistisch regierten Ländern des Ostens politische Freiheit, Rechtsgarantien und Volkssovereinheit zur Wirklichkeit werden, dann darf sie ihre Politik bürgerlich-kapitalistischer Restauration und Gegenrevolution nicht fortsetzen, sondern muß dem sich anbahnenden Sozialismus die Möglichkeit geben, sich in freiem Wettbewerb, ohne Störung von außen, zu bewähren. Die bisherige Methode des Westens, durch militärische Bedrohung und politische Unterwöhlung der Oststaaten der Demokratie in ihrem Schoße zum Durchbruch zu verhelfen, kann nur zum Gegenteil des (angeblich) erstrebten Ziels führen. Politische Freiheit und Demokratie wird heute allein noch aus dem Boden einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft erwachsen – oder sie wird verdorren und ersticken. Auf die Länge auch im Westen!

17. August

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNG

«Der lautlose Aufstand.» Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes von 1933 bis 1945. Herausgegeben von Günther Weisenborn. Rowohlt-Verlag, Hamburg. 1954. 360 Seiten. DM 14.—.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erschien viel Memoirenliteratur (etwa 500 Bücher) über den deutschen Widerstand gegen Hitler. Oft genug wurde von Seiten der Hitleranhänger behauptet, diese Bücher seien maßlos übertrieben, so schlimm sei das alles nicht gewesen.

Hier wird uns nun endlich ein dokumentarischer Bericht vorgelegt, der zeigt, daß die Tyrannie des Nationalsozialismus jedes menschliche Maß überschritten hat. In dem vorgelegten Werk kommen alle Schichten und Kreise des deutschen Widerstandes zu Wort. Verwertet wurden Originalberichte zahlreicher Widerstandsgruppen, Forschungsergebnisse der Organisationen, Ermittlungen amtlicher Stellen, umfangreiches Briefmaterial, die Akten des Volksgerichtshofes, Abschriften aus Gestapodokumenten. Das Werk ruht auf bester und breitester Basis. Mit einem Erstaunen horchen selbst diejenigen, die mit der Literatur des deutschen Widerstandes einigermaßen vertraut sind, auf, wie umfangreich der deutsche Widerstand gegen Hitler doch gewesen ist. Weisenborn hat das in einzelnen Kapiteln trefflich geordnet: «Der Widerstand aus dem Glauben», «Die bürgerliche Opposition», «Der militärische Widerstand», «Widerstand der Arbeiter», «Die Rolle der Intellektuellen». Außerdem enthält das Werk Dokumente zur Widerstandsbewegung und eine Zusammenstellung der Literatur der Widerstandsbewegung. Das Buch liest sich spannend wie ein Kriminalroman und erschüttert durch die angeführten, durch nichts hinwegzuleugnenden Dokumente.

Wie, fragt sich unwillkürlich der Leser, konnte es trotz der ausgedehnten deutschen Widerstandsbewegung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kommen?

Die Millionenmassen der Deutschen waren durch die Wirtschaftspolitik Hitlers